

WOLPERT: MAN UNTERSCHÄTZT DIE PERSONAL SITUATION DER LEHRKRÄFTE IN SACHSEN-ANHALT

Pressemitteilung am 23. Oktober 2012

[Personal](#), [Sachsen-Anhalt](#),
[Wolpert](#)

Zum von Finanzminister Bullmann vorgelegten Personalpapier, in dem von einem angeblichen Lehrerüberhang in Sachsen-Anhalt gesprochen wird, zeigt sich der Landesvorsitzende der FDP, Dr. Frank-Walter Wolpert entsetzt vom kurzfristigen Denken der Landesregierung.

„Man muss klar erkennen, dass es beim derzeitigen Altersdurchschnitt der Lehrkräfte und den jährlichen Einstellungen von jungen Lehrkräften in Sachsen-Anhalt in Kürze zu einem großen Crash kommen wird. Diese Ignoranz der realen Situation in den Schulen in Sachsen-Anhalt ist ein politisches Versagen der Landesregierung“, kommentiert

Wolpert überprüfte die Berechnungen des Finanzministers.

Wolpert ergänzte, dass es ähnlich, wie in anderen Bundesländern junge, in Sachsen-Anhalt gar keine Lehrerinnen mit großen Aufwand abgeworben werden, dabei müssen aber auch keine großen Aufwände getrieben werden, da das Land Sachsen-Anhalt, das die Landesregierung, diesen jungen Leuten hierzulande keine Pensen an dieser Stelle spart, spart an der Zukunft der Kinder. Diese Kinder sind unser Land, das sich gerade den Luxus erlaubt, für den Bedarf an Lehrkräften zu sorgen. „Die Stabilität in den Schulstrukturen, die mit der CDU im Jahr 2002 einkehrte, zeige jetzt im Ländervergleich positive Ergebnisse. Es besteht die Gefahr, dass dadurch gefährdet werden, dass man das Geld für neue Strukturen und Personal spart und wieder neue Schulstrukturen einführt. Es ist eine gute Idee, intelligente Konzepte für eine Verjüngung der Lehrkräfte zu entwickeln, was schafft gerade die Voraussetzungen, mehr junge Lehrkräfte zu gewinnen, um dem grassierenden Unterrichtsausfall zu begegnen. „Wir brauchen mehr Zeit und Geld für Lehrerfortbildung, weil ansonsten die Inklusion nicht erfüllen“, so Wolpert. „Es scheint, dass die Landesregierung mit aller Kraft daran arbeitet, Sachsen-Anhalt als Rote Laterne im Ländervergleich anhängen zu wollen. Es ist aber dringend von Nöten, da ansonsten die negativen Auswirkungen nicht mehr zu vermeiden werden“, sagte Wolpert abschließend.